

lichen Amtsgericht Weiß, der in der einem öffentlichen Räuber ermordet liegenden Polizei mit kommen und dem

Ihr Kriegsfräulein-  
uc. u. Alter-Stift  
für den 2. Bezirk  
— Freit., den  
vandacht m. Abend-  
manden-Unterricht  
eitag, den o. 11.  
m Sonnabend.

nien  
ebung,  
9. Kreiss!  
tische Versamm-  
alb 5 Uhr  
  
il zum Protest!  
Wahlkreises

ahlung in  
ückwünsche  
urch unsere  
1918.  
und Frau  
Bauer.

Teile-  
n und  
ohnes,  
  
er  
  
k.  
  
g el  
  
gein.

# Lichtenstein-Göllner Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Göllnitz, Göllnitz, Bernsdorf, Niederdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicolaus, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermülzen, Lohschopp und Virschheim

### Amtsblatt für das Regl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 260

Bezirkszeitungen  
im Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang  
Donnerstag, den 7. November

Bezirkszeitung  
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

#### Lichtenstein.

Preis, 2. M. R. A. Wöch. A. 1, 100 Gr. 10 Pfg.

#### Bekanntmachung, Verlauf und Umtausch von Reichsstempelzeichen betreffend.

Im Anschluß an die Bekanntgaben der Königlichen Ministerien der Finanzen und des Justiz zur Vollziehung der vom Flenderot erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz vom 3. VII. 1913 und des Gesetzes zur Wiederholung dieses Gesetzes vom 26. VII. 1918, vom 21. VIII. 1918, GBl. S. 257, wird folgendes bekanntgegeben:

Mit dem Verlauf und Umtausch von Schlüssel- und Frischstempelmarken sowie von amtlich gestempelten Borderten zu Schlüsselmarken und mit der Verwendung von Schlüsselstempelmarken zu Vertragstempelmarken (Reichsstempelgesetz § 27) sind außer den in § 2 Abs. 1 der Verordnung bezeichneten Hauptpostämtern beauftragt:

die Göllnitzer Burghäuser, Grimmaischen, Döbeln, Ebersbach, Frauenberg, Glashaus, Großenhain, Kamenz, Klingenthal, Limbach, Löbau, Meissen, Mittweida, Reichenbach, Riesa, Scheiberg, Sehma, Schwarzenberg, Weida und Werzen, sowie

die Nebenpostämter Aue, Oelsnitz i. B., Unterwiesenthal und Wollenstein.

Weiterhin sind mit den vor genannten den Schlüsselstempel betreffenden Schriften das Nebenpostamt Waldenburg, den Verlauf und Umtausch von Frischstempelmarken das Postamt Hohenstein-Ernstthal sowie die Nebenpostämter Markranstädt und Pegau beauftragt.

Dresden, am 25. Oktober 1918. Nr. 1730 J. I.

Königliche Generalpostdirektion.

Hörte.

Bei Blatt 210 des diesigen Handelsblattes, die Königliche Postamt Göllnitz-Göllnitz in Göllnitz betr. ist heute eingetragen worden, daß der konzessionierte Direktor Max Altmann in Göllnitz aus dem Vorstand entgründet und an seine Stelle der konzessionierte Direktor Karl Friedrich Paul Schulze in Göllnitz getreten ist.

Königliches Amtsgericht Lichtenstein, den 5. November 1918.

Nr. 34 a. Beir. d.  
Bezirksverband.

#### Selbstversorger.

Mehräge auf Ausstellung von Wahl- und Schottarkarten für Berufe und Habs sowie die Ausstellung des Brötgetreides für die Selbstversorger auf die Wahlperiode vom 16. Dezember 1918 bis 15. Februar 1919 sind

bis zum 20. dieses Monats  
bei den Wohnungsbehörden anzubringen. Die Wohnungsbehörden haben die abgeschlossenen Listen bis spätestens zum 22. dieses Monats an den Bezirksverband einzureichen.

Göllnitz, den 5. November 1918.  
Amtshauptmann Freiherr v. Wild.

Bezirksverband,  
R. S. R. 1026. M.

Die 500-Gramm-Reisebrotmarken werden auf Anordnung der Reichspostdirektion mit Ablass des 15. Dezember außer Kraft gesetzt. Gebäck darf also ab 16. Dezember einschließlich auf sie nicht mehr verabfolgt werden.

Die in den Händen der Verbraucher sich befindenden 500 g Reisebrotmarken werden bis zum 15. Dezember in 50 g Marken umgetauscht. Nach dem 15. Dezember ist Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Ausweis vorlegt, in welchem er zu seiner Brotdienstigung über den 15. Dezember hinaus mit Reisebrotmarken statt mit drücklichen Brotsorten versehen ist.

Göllnitz, den 1. November 1918.  
Amtshauptmann Freiherr v. Wild.

#### Aufhebung des Markenzwanges für Biegenfleisch.

In I Punkt 1 der Verordnung, die Regelung des Fleischverbrauchs betrifft vom 3. April 1916 (Sächs. Staatszeitung Nr. 79) erhält folgende Fassung:

I. daß Fleisch von Kindern, Rütteln, Schafen und Schweinen, sowie die zum weiblichen Geschlecht bestimmten Eingeweideleber dieser Schlachttiere, frisch, gepökel oder geräuchert, auch in Form von Wurst, Gürteln oder in anderen Zubereitungen.

II. Der Schriftzug von Punkt 1 „in § 1“ der Aufzähldungsverordnung zur Reichsfleischordnung vom 6. September 1916 (Sächs. Staatszeitung Nr. 209) „Biegenfleisch bleibt wie bisher dem Markenzwang unterworfen“, kommt in Wegfall.

III. § 4 der Bekanntmachung über den Verkauf mit Biegen- und Schildfleisch vom 27. März 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 76) wird aufgehoben.

IV. Diese Bekanntmachung trifft sofort in Kraft.  
Dresden, am 1. November 1918.

4811 VI AL III

Ministerium des Innern.

## Ein Aufruf der deutschen Reichsregierung.

Berlin, 4. November. (Amtlich.)

### An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet schwer auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wie müssen die schweren Zeiten und ihre Folgen überwunden. Heute schon müssen wir arbeiten für glücklichere Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Recht hat. Die neue Regierung ist ihm Werk, diese Arbeit zu teilen.

Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus Vertretern der Mehrheitspartei des Reichstages gebildet. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Besitzes des Reichstages und damit des Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden. Reisegewährungen und Friedensschlusserklärungen der Gewehrmannschaft des Reichstages. Die Untersetzung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Freiheit und Beschaffungsfreiheit sind gewährleistet.

Doch vieles bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Kollektivstaat, der an politischer

Zerstörung und sozialer Zürcher hinter keinem Staate der Welt zurücksteht, soll wiederhergestellt werden.

Die Neugestaltung kann ihre betreuende und beruhende Wirkung nur ausüben, wenn sie einer Weise in den Verwaltungs- und Militärbehörden führt, die ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwohl zu dienen berufen sind, daß sie und willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrichterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen in den deutschen Volke. Es hat sich in vier durchbaren Kriegs Jahren als solches bewährt. Es will sich nicht von Phantasien stimmen und missen lassen.

Selbstkriech und Geduld. Nur das Tüchtigste wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwere anzufordern. Die Neutralität und mit ihr die Leistung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir unsere Männer vor dem Einbruch des Friedens schützen. Den ist Waffen in harten Kampfien sich zu denken.

Trachten muss durch Ablösung Ruhe.

schaffen werden. Nur in diesem Augenblick und an keinen anderen könnte und die Überzeugungen der letzten Zeit durchdringt werden.

Den Kameraden des Landheeres und der Flotte wie ihren Vätern gehörter unter beständiger Tafel. Durch ihren besonderen Mut und Mannesmut darf sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Arbeiterverbände, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Kriegsgefangene möglichst ordentliche Verhältnisse vorfinden, um ihre und ihrer Familien Grüße zu leisten. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren Anstrengungen und Arbeit wieder anzustellen. Arbeitseinsatz, Erwerbsförderung, Wohnummierung und andere Maßnahmen auf diesen Weisen sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Nach Friedensschluß wird rasch eine Besserung der Nahrungs- als auch alter Lebensverhältnisse eingestellt.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsamen Aufgaben. Staat und Recht sind unsere gemeinsame Zukunft. Guter Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Wehr, in der Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes.

zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesuchte Zukunft Deutschlands ist unter Leistern.

Berlin, 1. November 1918.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Der stellv. Reichskanzler von Baher.

Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums

Dr. Friedberg.

Die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Roeder,

Dr. v. Strauß, Müllin, v. Waldow, Freiherr

v. Stein, Scheidemann, Wörber, Erzberger,

Haukmann, Bauer, Trimbach.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Ritter

v. Mann.

Der Kriegsminister v. Scheuch.

### Keine Unbekümmernheiten!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht an der Zivile des "Borwärts" eine Mahnung zur Besinnlichkeit, darin heißt es u. a.:

"Euer unterstützungslos Flugblätter und durch Kation von Mund zu Mund ist an Euch die Aufrufung ergangen, in den nächsten Tagen die Verträge zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten Euch dringend, dieser Aufrufung nicht zu folgen. Wie Ihr alle wüßt, befürchtet sich die sozialdemokratische Partei imuge einer sehr wichtigen Mission. Sie hat einige Menschen in die Regierung entlassen, damit diese schließlich kirchliche und im Innern alte bürgerlichen Arbeiten herstelle, deren die Arbeitklasse bedarf. Wir fordern Euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbekümmerte Täuschen zu durchkreuzen. Halten wir uns leiner Partei, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgetrieben wird."

### Kurze wichtige Nachrichten.

\* Der Kaiser hat dem Weittheer seinen Dank ausgesprochen für die unvergleichlichen Leistungen in den letzten Monaten.

\* Das ungarische Kriegsministerium hat angeordnet, daß die durch Ungarn durchziehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungestört zu befördern sind.

\* Aus London wird gemeldet, daß eine befreidende Übereinstimmung in den 14 Punkten der Friedensbedingungen für Deutschland erzielt worden ist. Die Bekanntmachung derselben könnte jeden Augenblick erfolgen.

\* Fürst Bülow erklärte zur Kaiserfrage: Ich glaube, daß es für Deutschland vorerst genug ist mit Veränderungen unseres staatlichen Aufbaues; eine deutlich stürmische Entwicklung, wie sie durch eine Abdankung des Kaisers eingeleitet würde, würde noch vieles andere mit fortreihen. Wo ist, fragt er, der äußerlich wahnehmbare Anlaß, wegen dessen wir die Einheit und Geschlossenheit unseres Volksganzen auf eine derart schwere Belastungsprobe stellen sollten?

\* In Sachsen Danzigs erklärte der polnische Minister des Äußen, daß die ganze Weichselmündung den Polen gehören müsse.

\* Seitens der unabhängigen Sozialdemokraten fanden in Stuttgart und München Unruhen statt, bei denen eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurden.

\* Auf Einladung der Obersten Heeresleitung begaben sich Vertreter der Mehrheitspartei an die Front, um aus eigener Anschauung die Lage kennenzulernen.

\* Der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjet-Regierung brachte in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter mit, die die deutschen

Arbeiter und Soldaten zum blutigen Umschliff aufrufen. Hoffentlich greift die deutsche Regierung fest zu, um den Russen das Handwerk zu legen.

\* Die furchterlichen Waffenstillstandsbedingungen Italiens wirken in Wien noch niederschlagender als die Habsburger, die ständig aus den einzelnen der ehemaligen Monarchie eintreffen.

\* Ungarn leitet Friedensverhandlungen mit Italien ein.

Maas schlugen starke Angriffe, nördlich der Mosel Teilvorstoß der Amerikaner.

### Der erste Generalquartiermeister

Gröner.

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

Berlin, den 5. November, abends. (Amtlich)

In der gestrigen Schlachtfront zwischen Scheld und Dicke haben wir uns vom Gegner abgefehlt. Die Bewegungen sind planmäßig verlaufen. Heute fanden hier nur Einzelkämpfe statt.

### Deutsches Reich.

Dresden u. (Grundlose Gerüchte) Dasstellvertretende Generalkommando des 12. Armeekorps veröffentlicht eine Mitteilung, nach der die in Sachsen verbreiteten und urteilslos niedergegebenen Gerüchte über die Zustände im benachbarten Böhmen und ihre etwaigen Folgen für Sachsen grundlos sind. Die Tschecho-Slowaken halten Ruhe und haben anscheinend auch mit den Deutsch-Böhmen ein Einvernehmen auf friedlicher Grundlage gefunden. Bis auf einige Ausschreitungen in Auhig, die lediglich auf den Volks zurückzuführen sind, herrscht Ordnung. Es ist auch nicht zu befürchten, daß die Tschecho-Slowaken in absehbarer Zeit als Kampftruppe an der sächsisch-böhmischem Grenze auftreten werden. Für alle Fälle aber sind sächsische Grenzschutztruppen aufgestellt worden, die ein Eindringen von Banditen verhindern sollen.

Berlin. (Die "Norddeutsche" zum Erlass des Kaisers.) Die "Nordd. Allg. Zeit." begrüßt den Erlass des Kaisers in einem längeren Artikel, dessen Schluss in folgenden, verständlichen Wunsch ausklingt: "Wir möchten glauben, daß der Erlass des Kaisers einigend und verbindend wirken wird. Möge er dazu beitragen, daß Streit und Zwist im Innern verschwinden und daß alle Kräfte sich auf die Aufgaben richten, die vor uns liegen und die nur ein einiges und fest zusammenhaltendes Volk zu bewältigen vermag. — Wir meinen auch, daß nun mit dem Gesänk um den Kaiser fühliger Schluss gemacht werden könnte, nachdem S. Majestät den Umbau der Reichsverfassung anerkannt hat. Außerhalb der Sozialdemokraten will man es dem Kaiser nach wie vor ganz allein überlassen, welche Entscheidung zu treffen er für des Vaterlandes Wohl für gut und nützlich hält.

(Abberufung der russischen Vertreter aus Deutschland). Die deutsche Regierung hat von der russischen Regierung Bürgschaften dafür verlangt, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland getrieben werden, und daß der noch immer ungehorschte Mord an dem Gesandten Graf Mirbach ausreichende Sühne finde. Die russische Regierung ist ersucht worden, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso sind die deutschen amtlichen Vertreter in Russland abberufen worden.

(Feindliche Flieger.) Vor am 31. Oktober erfolgte Bombenwurf auf die offene Stadt Bonn hat 37 Tote und 25 Schwerverwundete gefordert. Der ruchlose Anschlag auf Bonn steht nicht vereinzelt da. Gerade in den letzten Tagen haben unsere Feinde durch die Angriffe auf den Kurort Wiesbaden und die die ebenso wie Bonn jeder militärischen Bedeutung entbehrenden Städte Aschaffenburg, Heidelberg und Pirmasens gezeigt, in welcher Weise sie den Kampf für Gerechtigkeit und Humanität führen, durch nutzloses Morden von Frauen und Kindern. Aus Berlin wird berichtet: Vor einigen Tagen wurden durch deutsche Flieger

An der Aisne-Front keine Kampfhandlungen. Zwischen La Chesne und Sommaville scheiterten Teilstoße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulei weichen unsere Truppen stärkeren Angriffen behutsam aus. Südlich des Maasjeter nördlich von St. Enan aus. Südlich von Dun wurden feindliche Aktionen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der

Lodanni lachte bitter auf.

"Freilich, zum Bettler hat mich diese Schurke gemacht. Mein Vermögen stieß damals in Spekulationen, halb vollendeten Bauten usw. Wäre ich frei geblieben; würde es mich wahrscheinlich zum reichen Mann gemacht haben, so aber mußte alles verschwendet werden, um nur die Banksschulden, welche ich, wie jeder Baumzitter aufgenommen hatte, zu decken."

"Jetzt verstehe ich erst."

"Aber nun — wo habe ich Margit zu suchen?"

Frau Alain zögerte noch einen Moment; aber was half das, einmal mußte sie doch sprechen.

"Margit ist im Hause Jörlas, ein merkwürdiger Zufall hat es so gezeigt!" logte sie endlich, ohne zu wagen, aufzublättern.

"Hörte ich recht oder äfft mich ein abscheulicher Traum? Mein Kind im Hause jenes Mannes, der ihre Mutter ermordet hat?"

Frau Alain nickte nur, die Angst schnürte ihr die Kehle zu. Jetzt fühlte er ihren Arm und schüttelte sie bestig.

"Weiß, wie konnten Sie das zulassen?"

Frau Alain wand sich unter seinem schmerzhaften Griff, die dünnen Finger umschlossen mit eisernem Druck ihre Handgelenk.

"Ich war machtlos," ächzte sie, "so hören Sie mich doch an. Wenn ich nicht das ganze Geheimnis preisgeben wollte, könnte ich das verbündete

Ding nicht von dem unseligen Schritt zurückhalten." Lodanni hielt sich, während sie sprach, merkwürdig rasch beruhigt. Als sie jetzt furchtsam zu ihm aufsah, erstaunte sie, ihn plötzlich scheinbar so ruhig zu sehen, wo sie doch auf einen Wutanbruch gefaßt war.

Er schwieg noch ein paar Augenblicke, offenbar war ihm ein Gedanke gekommen, der ihn völlig gefangen nahm.

Endlich aber sagte er, während ein sonderbares Lächeln über sein Gesicht huschte: "Auch recht, wer weiß, wozu das gut ist!"

"Was denken Sie jetzt, welchen Gedanken verbergen mir Ihre Worte?"

"Wie scharfzähig Sie sind!"

"Nun?"

"Ich denke, daß mir die Vorstellung offenbar meinen Weg zu ebnen bestrebt ist."

Sie sah ihn verständnislos an.

"Das heißt?"

"Nun, da mein Kind im Hause jenes Verbrechers lebt, werde ich leicht und unauffällig Einlaß bei ihm erhalten."

"Ah!"

"Erkennen wird mich ja niemand. Sie sagen, er ist krank?"

"Sehr krank sogar."

*Illustrirte Presse*, 5. Nov. 1918.

### Feinde und Freunde.

Riminiroman von R. Mandowsky.

83.

Nun und?

"Der Doktor bestärkte sie in diesem Gedanken und da man bei einem seiner Kranken ein junges Mädchen, halb Pflegerin, halb Gesellschaftsmaus suchte, überredete er sie, diese Stelle anzunehmen, was sie auch tat."

"Also dort habe ich sie zu suchen?"

"Ja."

"Ich werde sie so bald wie möglich von dieser Stelle nehmen. Bei meiner Entlassung aus dem Gefängnis händigte man mir an, daß ein entfernter Verwandter von mir in Brasilien gestorben ist. Da er keine näheren Erben hat, fällt sein Vermögen an mich. Es ist nicht groß, wird uns aber gestatten, bequem leben zu können. Allerdings eine Existenz, wie wir sie vor meinem Unglück führten, kann ich ihr nicht bieten."

Teau Alain zitterte vor dem Augenblick, wo sie den Namen von Margits jetzigen Gebieter würde nennen müssen. Um die gesuchte Frage noch etwas hinauszuschieben, fragte sie: "Bon damals ist nichts geblieben?" Ich hielt Sie damals wie edermann, sehr vermögend und war sehr erstaunt, als man mir mitteilte, daß für das Kind so gut wie nichts geblieben sei."

reiche, westlich der Mosel  
veralquartierwesen  
größer.  
he Abendbericht.  
ber, abends. (Amtlich)  
hstfront zwischen Scheld  
vom Gegner abgesetzt.  
nägig verlaufen. Heute  
so statt.

## Reich.

Gerüchte.) Das stellvert.  
des 12. Armeekorps  
nach der die in in  
teilslos wiedergegebenen  
m benachbarten Böhmen  
für Sachsen grundlos  
halten Ruhe und  
it den Deutsch-Böhmen  
licher Grundlage gesun-  
schreitungen in Aufzug.  
el zurückzuführen sind,  
auch nicht zu befürchten,  
en in absehbarer Zeit  
sächsisch-böhmisches Gren-  
z e alle Fälle aber sind  
ausgestellt worden, die  
en verhindern sollen.  
deutsche" zum Erlass des  
llg. 31g. begrüßt den  
längerem Artikel, dessen  
ständlichen Wunsch aus-  
ben, daß der Erlass des  
scheinend vielen wick-  
Streit und Zwist im  
dass alle Kräfte sich auf  
vor uns liegen und die  
zusammenhaltendes Volk  
Wir meinen auch, daß  
den Kaiser förmlich Schluss  
achdem S. Majestät den  
g anerkannt hat. Außer-  
will man es dem Kaiser  
überlassen, welche Ent-  
des Vaterlandes Wohl

en Vertreter aus Deutsch-  
rung hat von der ruf-  
osten dafür verlangt, daß  
ganzen keinerlei revolu-  
sogarba gegen die staats-  
eutschland getrieben wer-  
immer ungeführte Mord  
auf Mirbach ausreichende  
Die Regierung ist ersucht  
ung dieser Forderungen  
Vertreter aus Deutschland  
finden die deutschen am-  
ad abberufen worden  
Der am 31. Oktober  
die offene Stadt Bonn  
verwundete gefordert.  
Bonn steht nicht vereinigt.  
Togen haben nufere  
auf den Kurort Wies-  
die Bonn jeder militärischen  
Städte A schaffenburg,  
ens gezeigt, in welcher  
für Gerechtigkeit und  
h nuzloses Worden von  
us Berlin wird berichtet:  
en durch deutsche Flieger

igen Schritt zurückhalten."  
während sie sprach, merk-  
als sie jetzt furchtsam zu  
sie, ihn möglichst scheinbar  
doch auf einen Walau  
aat Augenblicke, offenbar  
kommen, der ihn völlig  
während ein sonderbares  
huschte: "Auch recht, wec  
d, welchen Gedanken ver-  
find!"

die Vorsehung offenbar  
steckt ist."

los an.

im Hause jenes Verbrechers  
nd unauffällig Einlaß bei

ja niemand. Sie sagen

nein dazu.

hinter der feindlichen Front Flugblätter abgeworfen,  
auf denen die Siechenhäuser Löwendegem und  
Heestert genau eingezzeichnet waren. Der Seauer  
wurde gebeten, beide Anlagen zu schonen. Man  
hatte von deutscher Seite aus gehofft, die kranken  
Belger, deren Abtransport nicht möglich war,  
dadurch vor den Schrecken des Krieges zu be-  
wahren. Trotzdem hat der Feind Löwendegem am  
30. Oktober mit schwerem und leichten Artillerie  
beschossen.

## Das Programm der neuen sächsischen Regierung.

Dresden, den 5. November  
In Gegenwart sämtlicher Staatsminister, vor fast  
tückenlosen Haufe und vor vollbesetzten Tribünen  
entwickelte der Vorsitzende des Staatsministeriums  
Dr. Heinze, das Programm der neuen Regie-  
rung. Er führte u. a. aus:

In solcher Zeit und aus der Zeit heraus für die  
Zukunft soll unser oberster Grundak sein, alle le-  
bendigen Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu  
stellen. Redner berührte dann die Neuordnung des  
Gesamtministeriums und betonte: Auch in Zukunft  
werden als Vorsteher der Ministerialbeamten —  
sei es aus Beamtenkreisen, sei es aus dem Land-  
tag — nur solche Minister berufen werden, gegen  
denen Ernennung seitens der Mehrheit des Parla-  
ments kein ausdrücklicher Widerspruch erhoben wird.  
Die Möglichkeit, daß ein Minister gegen den Will-  
en des Parlaments dauernd im Amt verbleibt,  
schertet an der Macht der Tatsachen.

Als wichtigste Punkte der Ausführungen bezeich-  
nen wir weiter:

In Frage kommt die Bildung eines neuen Ver-  
kehrsministeriums und die Trennung des Kultus-  
und Unterrichtsministeriums.

Die Regierung wird dem Landtage in kurzer  
Frist den Entwurf eines Wahlgegeses vorlegen,  
das das allgemeine, gleiche, geheime und direkte  
Wahlrecht ohne jede kleinliche Einschränkung vor-  
schlägt. Um die Minderheiten zu ihrem Rechte ge-  
langen zu lassen, soll das Wahlrecht auf dem Sys-  
tem der Verhältniswahlen beruhen. Neuwahlen  
können selbstverständlich vor Friedensschluß und  
vor Heinkicht unserer Krieger nicht stattfinden.  
Wie die Dinge sich jetzt anlassen, ist zu hoffen, daß  
im Spätsommer oder Herbst des nächsten Jahres,  
also 1919, nach dem neuen Gesetz gewählt werden  
kann und heute über Jaht der neue Landtag bes-  
teht in der Arbeit begriffen ist.

Eine grundsätzliche Neuordnung der ersten  
Kammer wird in Aussicht gestellt.

Die Schwierigkeit in der Lebensmittelfrage besteht  
in der Knappheit der Vorräte und der Transport-  
mittel. Kein Tumult ist instande, die Vorräte zu  
steigern, mehr Brot zu schaffen, die Zahl der  
Eisenbahnwagen zu vermehren. Nur die Tat  
eines Wahnsinnigen kann es sein, die Ordnung  
zu verwirren und dadurch das Volk dem Ruhe  
entgegenzutreiben. Keine Staatsförm ist so sehr  
auf den Patriotismus aller Bürger angewiesen,  
wie die Demokratie, die allen Bürgern vor allem  
Teilnahme am Staatsleben gewährt.

Im einzelnen sei nun bemerkt:

Vor allem ist darauf Bedacht zu nehmen, den  
heimkehrenden Kriegern lohnende Arbeit möglichst  
in ihrem Berufe zu verschaffen. Schwieriger ist  
die Frage der Rohstoffversorgung für die Industrie.  
Zur Bewältigung eines Teiles dieser Aufgabe,  
sowie der Durchführung der Demobilisierung im  
Lande wird die Gründung eines Arbeitsamtes  
in Erwägung gezogen.

Der Volks ernährung wendet sich die Re-  
gierung mit größter Aufmerksamkeit und nicht ohne  
erste Sorge zu. Die Maßnahmen innerhalb des  
Landes, so sehr wir bereit sind, die Vorräte scharf  
zu erfassen und gerecht zu verteilen, können uns  
nicht über Wasser halten. Wir sind auf die Hilfe  
der Reichsstellen in Berlin angewiesen. Wir werden  
nicht müde werden, dort mit allem Nachdruck eine  
ausreichende Berücksichtigung zu verlangen und  
darauf hinzuweisen, daß auch die hingebenste Arbeit  
der neuen sächsischen Regierung nicht instand sein  
werde, unserem Lande die Ordnung zu erhalten,  
wenn wir vom Reiche aus keine Hilfe zuteil würden.

Kriegswucher und gewerbsmäßige  
Schleicher werden weder Duldung noch  
Schonung zu erwarten haben. Aber auch hier  
muß das ganze Volk mitarbeiten.

Die Lage der Landwirtschaft hat sich  
durch die Einwirkung des Krieges namentlich  
infolge des Mangels an Arbeitskräften, Spannweite  
und Düngemitteln je länger je mehr verschlechtert,  
und es verdient deshalb besondere Anerkennung,  
daß die in der Heimat zurückgebliebenen Landwirte  
— größtenteils alte Leute und Frauen — unter  
Überwindung auch der Schwierigkeiten, die ihnen  
die Zwangswirtschaft gebracht hat, die Wirtschaften  
weitergeführt und damit die Volksernährung bis  
zu einem gewissen Grade sichergestellt haben. Den  
Wiederaufbau der Landwirtschaft nach dem Kriege  
wird sich die Regierung auch im allgemeinen

Interesse des Landes angelegen sein lassen. Die  
Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Berufsver-  
treitung durch Aufnahme der kleinen landwirtschaft-  
lichen Grundbesitzer, sowie von Angestellten und  
Arbeitern wird in Aussicht genommen.

Die Maßnahmen zur Wiederherstellung der bereits be-  
stehenden u. velerorten noch drohenden Wohnungsknappheit werden mit Nachdruck gefördert  
werden.

Fast unabsehbar ist die Fülle der Aufgaben, die  
sich auf dem Gebiete der inneren Verwaltung  
sich abdecken. Zunächst gedenkt die Regierung —  
nach Verabschiedung des Landtagswahlrechts und  
nach vorgängigem Einvernehmen mit den Gemeinden  
— an eine Reform des Gemeindewahlrechts  
in freiheitlichem Sinne heranzutreten. Das soge-  
nannte Hausbesitzerwahlrecht ist mindestens in den größeren Städten des Landes nicht mehr  
innerlich begründet, in den kleineren Städten aber  
zum wenigsten ganz bedeutend einzuschränken. Das  
Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden auf dem  
Gebiete des Wahlrechts soll, wie überall, nach  
Möglichkeit geschont werden, aber seine Einschränkung ist hier, wie die bisherige Entwicklung  
gezeigt hat, nicht zu vermeiden.

Außer einer Reform der inneren Verwaltung, ist  
eine durchgreifende Reform des Volks-  
schulwesens in Aussicht genommen. Daß die  
Sorge der Regierung nach wie vor der Universität  
Leipzig gelten wird, bedarf kaum besonderer Erwähnung.

Das allseitig hervortretende Verlangen nach einer  
besonders wirkungsvollen steuerlichen Erfassung  
der Kriegsgewinne ist verständlich und be-  
rechtigt. Die Regierung wird es als ihre Aufgabe  
betrachten, weitere gesetzgeberische Maßnahmen des  
Reiches in dieser Richtung in jeder Weise zu för-  
dern und ihnen zur wirksamen Durchführung zu  
verhelfen.

Schließlich wandte sich der Minister noch zu den  
Fragen der Beamtenpolitik.

Es wird eine der wichtigsten Sorgen der Staats-  
regierung sein müssen, die Lage unserer in Krieg  
und Frieden gleich ausgezeichnet bewohnten Beam-  
tenchaft so zu gestalten, daß ihr bisheriges Unsehen,  
ihre moralische Unantastbarkeit, ihre Leistungsfähig-  
keit und Dienstreue voll erhalten und ge-  
förderd werden.

Daß das geltende sächsische Beamtenrecht be-  
sprechungsbedürftig und bessertungsfähig ist, erkennt die  
Regierung an. Bei der Lösung dieser Aufgabe  
und der zahlreichen anderen auf dem Gebiete der  
Beamtenpolitik zu treffenden Regelungen werden  
wir der Mitarbeit der Beamtenschaft selbst nicht  
entzogen können.

Die Grundsätze, die ich für die Beamtenschaft  
entwickelt habe, gelten in gleicher Weise für die  
Lehrtätigkeit. Auch die Stellung der Staats-  
arbeiter, deren Leistungen im Kriege von großer  
Bedeutung gewesen sind, wird Gegenstand unserer  
besonderen Fürsorge sein.

Nachdem der Minister noch die Vertretung Sach-  
sen im Reiche und die Beziehungen zu diesem, wie  
die gegenwärtige Lage gestellt hatte, schloß er:  
So viel steht fest, innerlich morsch ist unser Volk  
nicht. Wir haben Anspruch auf einen Frieden,  
der uns die Entwicklungsmöglichkeit läßt. Die  
Menschheit muß endlich zur Ruhe kommen, soll  
nicht das tausendjährige Kulturmwerk Europas in  
Rauch und Asche ausgehen. Dieser Krieg muß der  
letzte sein. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland  
seinen Platz an der Sonne erhält, auf den es  
gerechten Anspruch hat und den es sich in Zukunft  
als freies Volk im friedlichen Wettbewerb mit an-  
deren Völkern täglich neu erobern wird. (Lebhafte  
Zustimmung.)

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 6. November 1918.  
9. Kriegsanleihe! Die liegende, altange-  
seine Bankieria Sack & Co. hat, wie uns mit-  
geteilt wird, auch bei der 9. Kriegsanleihe wieder  
einen vollen Erfolg zu verzeichnen gehabt.

— Auf den Bunten Abend, der heute im  
Kunstsalon "Angenehme Unterhaltung" bringen  
wird, sei auch an dieser Stelle nochmals empfohlen  
hingewiesen. Nächstes über Prokramm und Abo  
der Veranstaltung ist aus dem Anzeigenblatt ersichtlich.

— Thonfelds Lichtspieltheater bringt morgen  
zum Jahrmarkt von 4 Uhr ab zur Vorführung:  
Der Schein trügt (Lustspiel), "Die Lümmen-  
drin" (Drama) und noch verschiedene bühnliche Ein-  
lagen.

\* Eine Verbesserung der Wurst inner-  
halb des Kommunalverbandes Blaibach.  
Die Schlachtkräfte innerhalb des Bezirks des  
nationalen Amtshauptmannschaft Blaibach erfahren  
durch die nunmehr in Kraft tretende Zentralisierung  
der Wurstbereitung eine Erleichterung. Hierdurch wird  
eine bessere Erholung aller zur Wurstbereitung er-  
forderlichen Fleischmengen ermöglicht. Die Wurst-  
zentralen stehen unter sachverständiger Leitung. Eine

einheitliche, gute, den zur Verfügung stehenden Mat-  
erialien entsprechende Wurst wird hierdurch gewähr-  
leistet. Wenn in Zukunft eine bessere Wurst zur  
Verteilung kommt, so ist dies vor allen Dingen  
dem Umstand zu verdanken, daß die z. St. aus  
Hauschlachtungen abgezogene Schweineviertel in  
vielen Wurstzentralen zur Wurstbereitung mit Ver-  
wendung finden. Bisler war es natürlich den Flei-  
sichern nicht möglich, mit wenig oder gar keinem  
Schweinefleisch eine Wurst, wie wir sie in Friedens-  
zeiten gewöhnt waren, herzustellen.

\* — **Um den Anschlagetafel in Gallenberg:**  
sind folgende Bekanntmachungen angeklungen: 1. die  
Bekanntmachung der 1. Inf. General-Kommandos Nr.  
2. 999/10. 18. XI. R. A. betr. Beleidigung. Höchst-  
preise, Belde- und Verkaufsliste von Fleck-  
säulen vom 19. Oktober. 2. die Nachtragsbekannt-  
machung Nr. 2. 111/10. 18. XI. R. A. zu der Be-  
kanntmachung Nr. 2. 111/7. 17. XI. R. A. vom  
20. Oktober 1917, betreffend Beleidigung und  
Belde- und Verkaufsliste von rohen Fleckviehköpfen und Röhläutern, vom 19. Oktober 1918.  
3. die zweite Nachtragsbekanntmachung Nr. 2. 888/10. 13. XI. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. 2. 888/7. 17. XI. R. A. vom 20. Oktober 1917, betreffend Höchstpreise und  
Beleidigung von Leber, vom 19. Oktober 1918.

\* — **M. J. Kartoffelenteignung.** In der Presse  
ist behauptet worden, daß in Bayern den Landwirten  
die Enteignung der Kartoffeln angedroht worden sei,  
während man „von der sächsischen Regierung trotz  
der beweglichsten Klagen der Bevölkerung und der  
Lebensmittelämter nichts, rein gar nichts höre.“ In Wirklichkeit hat die Landeskartoffelstelle bereits  
gehandelt und die Enteignung schon vor einiger  
Zeit angeordnet. Sie ist auch bereits im Gange.  
Daß die Lieferungen auf Grund der Enteignung  
noch nicht genügend sind, hat seinen Grund in der  
durch die Witterung verspäteten Ernte und dem  
Umschlagsreis der Grippe auf dem Lande. Außerdem  
finden die sächsischen Bezirke, auch sowohl sie selbst  
Kartoffeln erzeugen, zum größten Teile Zusatz-  
bezirke, die der Kartoffeln für ihre eigene Bevölkerung  
bedürfen.

\* — **Kohlenzufluhr.** Wegen Sperrung der  
Kohlenzufluhr aus wurde die Handelskammer bei  
der sächsischen Staatsregierung dringlich um Her-  
beiführung sofortiger Maßnahmen vorstellig, um die  
ausfallenden Mengen aus der nicht mehr nach  
Oesterreich auszuführenden oberschlesischen Kohle  
zu decken.

\* — **Einchränkung der Eils- und Telegramm-  
befestigung zur Nachtzeit.** Bei den Post- und Tele-  
grammkananaten im Oberpostdirektionsbezirk Chemnitz  
wird die Befestigung von Eilsendungen und Tele-  
grammen, sfern es sich nicht an einzelnen Orten  
aus betrieblichen Gründen verbietet, vom 1. Novem-  
ber ab bis Ende März 1919 in der Zeit von 11 Uhr  
abends bis 7 Uhr früh eingestellt, vorausgesetzt,  
daß nicht der Absender durch den Betrieb „Nach-  
nacht“ bei Eilsendungen oder „Nacht“ bei Tele-  
grammen die Abragung der Sendungen auch zur  
Nachtzeit ausdrücklich verlangt hat. Die in einzel-  
nen Orten bestehenden Abweichungen sind aus der  
im Schalterraum des betreibenden Post- oder Te-  
legraphenamts anhängenden Bekanntmachung ex-  
plizit.

\* — **Stangendorf.** (Neuer) österte gestern nachmit-  
tag in der 5. Stunde das neben dem Rathause be-  
legene Büro des Herrn Gutsbesitzer Schidt jetzt  
vollständig ein. Drei mit Granaten gefüllte  
Gebände gingen in Flammen auf, während es den  
Feuerlösungen der Ortsfeuerwehr und den aus den  
Nachbarsorten herbeigeeilten Wehren gelang, das  
Wohnhaus zu erhalten. Herr Schidt wohnte mit seiner  
Gattin einer Beerdigung bei, als ihn das Unglück  
traf, er erlebte großen Schaden. Man vermutet,  
daß einbrennen, die vorher in dem Gute gebettet hatten,  
die Brandstifter sind.

\* — **Chemnitz.** (Einbruch). In der Nacht zum Sonn-  
tag stahlen abermals Diebe in einem Seiden- und  
Manufakturwarenhaus der inneren Stadt außer  
Seiden- und Kleiderstoffen vorwiegend Mäntel mit  
Pelzgarnitur und Röcke, im Werte von etwa  
15.000 Mk. Die Diebe wurden von einem Schuh-  
mann beim Wegschaffen der Diebesute gestellt, es gelang ihnen aber, unter Zurücklassung eines  
Teiles des Raubzeuges zu entkommen. — Der  
Kriminalpolizei gelang es, jüngere Burschen festzu-  
nehmen, denen bei einem Einbruch Gorn von  
8000 Mark in die Hand gefallen war.

\* — **Niederplauß.** (Eine Ehevergessenheit). Aus der  
Wohnung einer Kriegsfrau in der Weißstraße  
mußte nachts ein kriegsgefangener Franzose „aus-  
gehoben“ werden, der von der Frau beherbergte wurde.

\* — **Neugersdorf.** (Eine originelle Anzeige), welche  
die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung beleuchtet,  
ist in der „Oberlausitzer Vorzeitung“ zu lesen. Sie  
hat folgenden Wortlaut: „Rittergutsbesitzer und  
sonstige Landwirte! Hat denn tatsächlich keiner  
von den Herren 15 Zentner Speckkartoffeln gegen  
Landeskartoffelkarte und Geld übrig? Nachricht  
erbelten an Bahnassistent Aumann, Neugersdorf i. S.“

